

Das Ergebnis von Russlands Krieg wird jeden betreffen

Russlands Krieg gegen die Ukraine ist Teil der Bemühungen von Präsident Vladimir Putin, den russischen Einfluss über die ehemaligen Sowjetrepubliken und die Länder des früheren Ostblocks wiederherzustellen. Hinweise auf diese Ambitionen zeigen sich in Russlands Forderungen aus dem Jahr 2021, die Erweiterung der NATO zu begrenzen und ihre militärische Präsenz in Osteuropa zu reduzieren. Der Autor betont, dass die Ukraine für Russlands geopolitische Ziele von zentraler Bedeutung ist, weil ihre Unabhängigkeit wesentlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion beigetragen hat. Ein russischer Sieg oder territoriale Zugeständnisse könnten weitere Aggressionen fördern und die globale Sicherheit bedrohen, während eine starke Unterstützung der NATO für die Ukraine dazu beitragen könnte, einen gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen.

Eugene Czolij, 7. Mai 2026

Unter politischen Experten bleibt die Frage weiterhin offen: Wie wird Russlands Krieg enden?

Um diese Frage zu beantworten, muss man zunächst verstehen, warum Russland 2014 in die Ukraine einmarschierte und am 24. Februar 2022 seinen umfassenden Krieg gegen die Ukraine begann.

Auf der Pressekonferenz nach seinem Alaska-Gipfel mit Präsident Donald Trump am 15. August 2025 erklärte Putin, dass „die Situation in der Ukraine im Zusammenhang mit grundlegenden Bedrohungen unserer Sicherheit steht [...] Wir sind überzeugt, dass wir – um eine dauerhafte und langfristige Regelung zu erreichen – alle grundlegenden Ursachen dieses Konflikts beseitigen müssen. Wir haben es mehrfach gesagt: Es gilt, alle legitimen Anliegen Russlands zu berücksichtigen und eine gerechte Sicherheitsbalance in Europa und in der Welt insgesamt wiederherzustellen“.

Was bedeutet das?

Vor Beginn seines umfassenden Krieges gegen die Ukraine unterbreitete Russland am 17. Dezember 2021 der NATO und den USA „Sicherheits“-Vereinbarungen im Jalta-Stil.

Der Entwurf der Maßnahmen zur Wahrung der Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation und der Mitgliedstaaten der NATO sah Folgendes vor:

„Artikel 4

Die Russische Föderation und alle Vertragsparteien, die am 27. Mai 1997 Mitgliedstaaten der Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO) waren, dürfen zusätzlich zu den am 27. Mai 1997 in diesem Gebiet stationierten Streitkräften keine Streitkräfte und Waffen auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Staates in Europa stationieren. Mit Zustimmung aller Vertragsparteien können solche Einsätze in Ausnahmefällen stattfinden, um eine Bedrohung der Sicherheit einer oder mehrerer Vertragsparteien abzuwenden. [...]

Artikel 6

Alle Mitgliedstaaten der NATO verpflichten sich, auf künftige Erweiterungen der NATO, einschließlich des Beitritts der Ukraine sowie anderer Staaten, zu verzichten.

Artikel 7

Die Vertragsparteien, die Mitgliedstaaten der NATO sind, dürfen auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine sowie anderer Staaten Osteuropas, im Südkaukasus und in Zentralasien keine militärischen Aktivitäten durchführen“.

Die von Russland vorgeschlagenen „Sicherheits“-Vereinbarungen hätten den Abzug von NATO-Truppen und Waffensystemen aus der Hälfte der 32 NATO-Mitgliedstaaten bedeutet – aus Albanien, Bulgarien, Estland, Finnland, Kroatien, Lettland, Litauen, Montenegro, Nordmazedonien, Polen, Rumänien, Schweden, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn, da all diese Länder der NATO nach dem 27. Mai 1997 beigetreten sind.

Mit anderen Worten: Unter dem falschen Vorwand, dass Russlands Grenzen durch die NATO-Erweiterung unaufhörlich bedroht würden, verfolgt der Kreml folgende Ziele:

- a) eine russische Einflussphäre auf dem Gebiet der ehemaligen Ostblockstaaten wiederherzustellen; und
- b) die „Politik der offenen Tür“ der NATO zu beenden, um sicherzustellen, dass die Ukraine niemals NATO-Mitglied wird.

Dies sollte niemanden überraschen, denn Putin erklärte in seiner Rede zur Lage der Nation vom 25. April 2005 öffentlich, dass der Zerfall der Sowjetunion „die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“ gewesen sei.

Seitdem hat Putin versprochen, Russlands sogenannte „vergangene Größe“ wiederherzustellen, und verfolgt dieses Ziel systematisch – unter anderem durch imperialistische Projekte wie die Eurasische Union, den Russki Mir und die der NATO und den USA 2021 vorgeschlagenen „Sicherheits“-Vereinbarungen.

Warum steht die Ukraine im Mittelpunkt der russischen Aufmerksamkeit?

Das Gesetz zur Ausrufung der Unabhängigkeit der Ukraine vom 24. August 1991 wurde durch das Referendum vom 1. Dezember desselben Jahres bestätigt, in dem alle Oblasten und die Krim die Unabhängigkeit der Ukraine billigten. Dies führte zur Auflösung der Sowjetunion am 26. Dezember 1991.

Um die Sowjetunion wiederherzustellen, muss Russland daher die Ukraine zurückerobern.

In seinem Buch mit dem Titel „*Strategic Vision: America and the Crisis of Global Power*“ erklärte der Nationale Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, warum die Ukraine das zentrale Element bei der Wiederherstellung eines sowjetischen Imperiums ist:

„Es kann nicht genug betont werden, dass ohne die Ukraine, Russland aufhört, ein Imperium zu sein, aber mit einer Ukraine, die unterworfen und dann untergeordnet ist, wird Russland automatisch zu einem Imperium“.

Deshalb wird Putin einer Friedensvereinbarung, die nicht zur Wiederherstellung einer Neo-Sowjetunion und eines Neo-Ostblocks beiträgt oder diesem imperialistischen Plan zuwiderläuft, niemals freiwillig zustimmen.

Im Bericht der Münchner Sicherheitskonferenz 2026 heißt es, dass „*Russlands anhaltende Aggression ,die größte und unmittelbarste Bedrohung‘ für NATO-Mitglieder und die europäische Sicherheit darstellt [...] Tatsächlich schätzen einige Geheimdienste, dass Russland seine Streitkräfte für einen ,regionalen Krieg‘ im Ostseeraum innerhalb von zwei Jahren nach einem möglichen Waffenstillstand in der Ukraine – und für einen ,lokalen‘ Krieg gegen einen einzelnen Nachbarn innerhalb von sechs Monaten – wiederaufbauen könnte*“.

Russlands Luftraumverletzungen gegenüber sieben NATO-Mitgliedstaaten im Jahr 2025 – Estlands, Finnlands, Lettlands, Litauens, Norwegens, Polens und Rumäniens – erinnern an die expansionistischen Ambitionen Moskaus, die weit über die Ukraine hinausgehen.

Gelingt es Russland, die Ukraine zu besiegen und dadurch „ein Imperium zu werden“, würde Russland zweifellos seinen Plan zur Wiederherstellung einer Neo-Sowjetunion und eines Neo-Ostblocks weiterverfolgen. Der Kreml würde damit den Dritten Weltkrieg auslösen.

Wird die Ukraine zu einem Friedensabkommen mit territorialen Zugeständnissen gezwungen, wird dies andere Diktatoren ermutigen, ihre imperialistischen Ambitionen zu verfolgen und andere Länder anzugreifen – in der Erwartung, für die Aneignung von Territorium letztlich belohnt zu werden.

Gelingt es der Ukraine jedoch – mit effektiver und rechtzeitiger Unterstützung aller NATO-Mitgliedstaaten –, Russland jetzt aufzuhalten und es zu einem echten, umfassenden und dauerhaften Friedensabkommen mit angemessenen Sicherheitsgarantien zu zwingen, würden Frieden, Sicherheit und Stabilität weltweit gestärkt.

Das Ergebnis von Russlands umfassendem Krieg gegen die Ukraine wird letztlich jeden betreffen.

Im Interesse der Menschheit sollten die NATO-Mitgliedstaaten umgehend Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die Ukraine die imperialistischen Pläne des Kremls vereitelt und dass Russlands Krieg rasch mit einem gerechten und dauerhaften Frieden endet – in voller Übereinstimmung mit der *Charta der Vereinten Nationen* und mit einer Sicherheitsarchitektur, die Russland daran hindert, ungestraft Krieg gegen Europa zu führen.

Eugene Czolij
Präsident der NGO „Ukraine-2050“
Honorarkonsul der Ukraine in Montreal
Präsident des Ukrainischen Weltkongresses (2008-2018)
Ehrenmitglied des Dachverbandes der Ukrainischen Organisationen in Deutschland e.V.

Die Nichtregierungsorganisation (NGO) „Ukraine-2050“ ist eine gemeinnützige Organisation, die gegründet wurde, um innerhalb einer Generation bis 2050 die Umsetzung von Strategien für eine nachhaltige Entwicklung der Ukraine als völlig unabhängiger, territorial integraler, demokratischer, reformierter und wirtschaftlich wettbewerbsfähiger europäischer Staat zu fördern.